

Umweltschützer fordern Absage an Google

MOUVEMENT ÉCOLOGIQUE Politik soll endlich stringent auf den Wassermangel reagieren

Frank Goebel

Der Umweltschutzverein „Mouvement écologique“ wirft der Politik vor, in Sachen Wasserknappheit die Zeichen der Zeit zwar zu sehen, aber nicht entsprechend zu handeln. Nun seien aber nicht nur interministerielle Anstrengungen definitiv nötig, sondern auch die Abkehr von Projekten, die Luxemburg nur noch weiter das Wasser abgraben würden.

„Es wird so getan, als könnten wir unendlich aus dem Vollen schöpfen“, sagt Blanche Weber vom „Mouvement écologique“ – und es ist nicht klar, mit wie viel Absicht die Präsidentin der luxemburgischen Umweltschutzorganisation zu ausgerechnet diesem Sprachbild gegriffen hat: Denn es geht um Wasser, und davon hatte man, zumindest in unseren Breiten, eigentlich tatsächlich immer mehr als genug. Doch die Zeiten ändern sich, stellt Weber im Telefongespräch mit dem *Tageblatt* fest: „Es wird immer mehr Leuten spätestens mit diesem Sommer klar, dass wir mittel- bis langfristig ein Wasserproblem in Luxemburg haben!“

Das alles werde ja auch „von den öffentlichen Instanzen klar gesagt“: dass vor allem die Grundwasserreservoirs nicht so gut gefüllt sind, wie sie sollten – und dass sie sich wohl auch nicht mehr auf das gewünschte (oder erhoffte) Maß füllen werden. Und sowieso sei ja „bekannt, dass es immer trockener wird“. Doch trotz alledem fehle vonseiten der verantwortlichen Handelnden ein erkennbar stringentes Vorgehen. Das ist jedenfalls der Tenor einer Mitteilung, die der Verein am Montag veröffentlicht hat.

„Wir können nicht auf allen Ebenen weitermachen wie bisher und auch noch in eine Wasserkrise geraten“, fasst Weber das Anliegen aus dem Text zusammen, der auch auf der Webseite des Vereins zu finden ist.

Mangelnde Kommunikation

Die mangelnde Dringlichkeit, mit der man auf das umfassende Problem reagiere, spiegele sich schon in der Kommunikation gegenüber den Bürgern, die sich durch Ministerien und das Wasserwirtschaftsamt offensichtlich nicht kohärent informiert fühlen: „Wir erhalten viele Anfragen von besorgten Bürgern, die zum Beispiel fragen, warum etwa ein ‚roter Alarm‘ aufgehoben wird, während gleichzeitig gesagt wird, es gebe nicht genug Grundwasser“, erklärt Weber, die einräumt, dass die betreffenden Stellen sicherlich fest definierte Kriterien hätten, wenn es etwa um die verschiedenen Alarmstufen geht. „Doch vielleicht sind diese Kriterien einfach nicht mehr angemessen“, findet die Umweltschützerin.

Die Bewohner Luxemburgs fragten sich etwa auch, warum einerseits zum Wassersparen aufgerufen wird, während weiterhin Golfplätze bewässert oder private Swimmingpools gefüllt werden dürfen. Ohne diese Wassernutzungen zu bewerten, sei jedenfalls festzustellen, dass die Prinzipien der Warnstufen zu den Bürgern wohl nicht mehr durchdrängen.

Zum „Mouvement écologique“



Foto: Editpress/Didier Sylvestre

selbst dringt schon seit längerem nicht mehr durch, wieso ausgerechnet Luxemburg nun auch noch als Standort für ein neues Datenzentrum dienen sollte, dessen zu erwartender gigantischer Wasserverbrauch aufgrund der mangelnden Transparenz bisher nicht einmal verlässlich offiziell beziffert wurde: „Eine zwingende Folgerung der Entwicklung muss auch sein, dass das unsägliche Hin und Her im Dossier Google-Datacenter beendet werden muss“, heißt es jedenfalls in der „Méco“-Schrift.

Niederlage vor Gericht

Tatsächlich, so räumt auch Weber ein, beruht die Kritik auf allerlei Hörensagen und Annahmen – was man aber kaum dem Verein anlasten kann: Der hatte unter anderem bereits auf juristischem Wege versucht, Einsicht in ein „Memorandum of understanding“ zwischen der Regierung, der Gemeinde Bissen und dem Unternehmen Google zu erhalten – und war damit abgeschmettert.

Die Geheimhaltung sei in der aktuellen Situation ein umso größeres Übel: „Wenn extra eine Zone eingerichtet wird für ein Datenzentrum und sich dieses vor allem durch Wasserverbrauch auszeichnet, dann müssen diese Daten doch auch offen liegen!“, empört sich Weber. Doch das Einzige, was es gebe, seien „Gerüchte und Halbinformationen, die auch von einer Regierung nicht widerlegt werden“.

Dazu zählt prominent die Schätzung, dass das Datenzentrum für die Kühlung seiner Tausenden von Servern mindestens fünf Prozent des Luxemburger Trinkwassers abzweigen müsste. Die Idee, sich dazu der Alzette zu bedienen, ist wohl immerhin mittlerweile vom Tisch – doch die Frage werde dadurch ja nur umso dringlicher, woher das Wasser überhaupt kommen solle: So sei etwa auch die Rede von der Kläranlage von Mersch – aber beim „Méco“ gehe man davon aus, dass diese im Sommer auch nicht genügend Wasser bereitstellen könne. „Es ist für uns nicht nachvollziehbar, wie sich eine Regierung blind hinter ein Projekt stellen kann, wenn nicht einmal sichergestellt ist, dass ausreichend Wasser da ist!“

Geheimhaltung als Prinzip

Die möglicherweise nicht in einem reinen Gewissen begründete Geheimniskrämerei ist dabei keine luxemburger Spezialität, sondern offenbar Prinzip, wie sehr viele Beispiele zeigen: Im US-amerikanischen Oregon wehrte sich etwa eine Stadt ebenfalls verbissen gegen irgendwelche Transparenz in Sachen Wasserverbrauch. Kritik an solchem Vorgehen kommt mittlerweile sogar aus der Industrie selbst, wo offenbar ersten Akteuren klar wird, dass das zunehmend als rücksichtslos empfundene Gebaren auch dem eigenen Geschäft schadet – indem es erbitterten Widerstand hervorruft.

So ist im deutschen Ostbrandenburg die Ansiedlung eines Datenzentrums gescheitert, nachdem der eklatante Wassermangel nachgewiesen worden war – während man im holländischen Middenmeer wohl erst aus dem Schaden klug wird: Dort hat das *Noordhollands Dagblad* Zugang zu ebenfalls als geheim klassifizierten Dokumenten erhalten. Dabei kam heraus, dass die Microsoft-Datenzentren im Jahr 2021 nicht 12 bis 20 Millionen Liter Wasser im Jahr benötigten, wie zuvor stets auch von offizieller Seite erklärt wurde – sondern rund viermal so viel, nämlich 84 Millionen Liter.

Nicht nur der potenziell problematische Wasserbedarf eines (weiteren) Datenzentrums in Luxemburg, sondern auch der Verbrauch der Einwohner erforderten jedenfalls, dass es endlich eine echte „interministerielle“

Aufmerksamkeit für das Thema gebe, findet „Méco“-Präsidentin Weber.

Das gelte umso mehr, wenn man von der verbreiteten Annahme ausgehe, dass Luxemburgs Bevölkerungszahl irgendwann siebenstellig ist. Da helfe es auch nicht, immer neue Studien und Berichte vorzulegen, die die Misere darstellen – sondern es brauche auch entsprechendes Handeln. Gleichzeitig warnt Weber vor abseitigen Ideen, die das endlose Wachstum irgendwie ermöglichen sollen: „Wir wissen, dass sogar über Leitungen zum Beispiel aus Belgien gesprochen wird in Fachkreisen“, gibt sie ein Beispiel. „Aber wollen wir jetzt sogar noch im Wasserbereich nicht mehr autonom wirtschaften können? Das nimmt ja Ausmaße an, auch in puncto einer Abhängigkeit, die überhaupt nicht nachvollziehbar sind!“

Forderung des „Méco“

„Es ist unabdingbar, in einer interministeriellen Zusammenarbeit die dramatische Situation im Bereich der Wasserwirtschaft und im Besonderen der Trinkwasserversorgung sowie der Wasserqualität unserer Bäche und Flüsse verstärkt zu thematisieren und alle Hebel in Bewegung zu setzen“, heißt es in dem aktuellen Papier. Die Forderung reiche „von einer Debatte in der Abgeordnetenversammlung unter Teilnahme der betroffenen Ressortministerien über einen Aktionsplan mit prioritären Aktionsfeldern (versehen mit den erforderlichen Finanzmitteln sowie menschlichen Ressourcen) bis hin zu einer Strategie mit allen Akteuren im Wasserwirtschaftsbereich.“ (Red.)